

ZBB 2006, 215

RBerG Art. 1 § 1, BGB § 134

Treuhandauftrag als unzulässige Rechtsbesorgung

OLG Dresden, Urt. v. 11.01.2006 – 8 U 1373/05, BKR 2006, 122 (LS)

Leitsätze:

- 1. Die Darlehensforderung eines Kreditinstituts aus einem Verbraucherkredit unterliegt keinem Abtretungsverbot wegen des allgemeinen Bankgeheimnisses und einer gemäß AGB vereinbarten Verschwiegenheitspflicht.**
- 2. Auch ein Treuhandauftrag, der nicht alle zur Verwirklichung einer (fremdfinanzierten) Anlageentscheidung zu schließenden Verträge erfasst, kann ein Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBerG i. V. m. § 134 BGB darstellen, wenn es sich bei den entsprechenden Dienstleistungen nicht lediglich um einfache Hilfstätigkeiten handelt.**
- 3. Ein unwirksamer Darlehensvertrag wird durch die persönliche Unterzeichnung einer Nachtragsvereinbarung genehmigt.**